



DER AUTOR



Dr. Karl Wolfgang Menck

Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA), Schwerpunkt „Handel und Entwicklung“, Lehrbeauftragter an der Universität Hamburg und an der Hamburg School of Business Administration.

ENTWICKLUNGSHILFE FÜR AFRIKA

Mehr Geld allein wird Afrika nicht helfen

Werden Afrika ein Schuldenerlass und mehr Geld helfen, Armut, Not und Unterentwicklung zu überwinden? Im Vorfeld des G8-Wirtschaftsgipfels und während der Beratungen fand ein derartiger Vorschlag, abgeleitet aus einem Bericht "Our Common Interest. Report of the Commission for Africa" der von dem englischen Premierminister Tony Blair eingesetzten Commission for Africa, zwar sehr viel Aufmerksamkeit, nicht aber uneingeschränkte Zustimmung. Der Gipfel hat ein derartiges Programm beschlossen, ohne allerdings die Finanzierung verbindlich zuzusagen. Lasst dies nun einen großen Entwicklungsschub erhoffen?

Die Kommission fordert einen umfangreichen Schuldenerlass und eine massive Erhöhung der Entwicklungshilfe für Afrika. Genannt wird ein Betrag von zusätzlich insgesamt 75 Milliarden US-Dollar im Zeitraum von heute bis 2015. Zunächst sollen 25 Milliarden US-Dollar jährlich bis zum Jahre 2010 und danach in einer zweiten Stufe bis 2015 zusätzlich 25 Milliarden US-Dollar Entwicklungshilfe bereitgestellt werden. Die Summe errechnet sich aus dem von der Kommission geschätzten Bedarf der afrikanischen Staaten. An vorderer Stelle stehen hier Förderung des wirtschaftlichen Wachstums und der Exporte, Ausbau der Infrastruktur sowie des Gesundheits- und Schulwesens und Bekämpfung von Aids/HIV.

Diese Leistungen sollen als Zuschüsse an die öffentlichen Haushalte der afrikanischen Staaten fließen, und die Regierungen werden allein und eigenständig über

die Verwendung der Mittel nach Maßgabe der nationalen Prioritäten entscheiden. Die Kommission plädiert für eine neue Partnerschaft, in der sich die Souveränität und die Eigenverantwortlichkeit der afrikanischen Staaten entfalten können. Nach dem Bedarf muss vor Ort entschieden werden, und dabei sollen die bestehenden politischen und sozialen Netzwerke ein wichtiges Instrument sein. Verlangt wird von der Kommission, die soziale und politische Kultur in den afrikanischen Ländern anzuerkennen und diese bei der Verwendung der Hilfe zu nutzen. Akzeptiert werden muss, dass die Menschen in soziale Beziehungen investieren, auch wenn dies aus der Sicht eines Betrachters in Europa oder in Nordamerika wie Korruption oder die Pflege von Seilschaften aussehen mag.

Die Kommission duldet keinen Aufschub für das Programm. Sie wirft den Geberländern und den internationalen Finanzierungsorganisationen vor, dass Finanzierungszusagen in der Vergangenheit nicht eingehalten wurden – trotz verbindlicher Zusagen der Industrieländer und der multilateralen Finanzierungsorganisationen. Dafür gibt es viele Rechtfertigungen: Vor dem Hintergrund aktueller wirtschaftlicher Engpässe in vielen Geberländern werden Kürzungen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit ernsthaft erwogen. Der Kampf gegen den Terrorismus führt dazu, dass Ausgaben in erster Linie diesem Zweck dienen müssen. Diese Argumente treffen nach Ansicht der Kommission nicht zu. Jedes Warten ist nach ihrem Plädoyer angesichts der weit verbreiteten Armut allein aus humanitären Erwägungen nicht zu

Mit den HWWI Standpunkten bietet das HWWI ein Forum für kurze Meinungsäußerung zu aktuellen wirtschaftspolitischen Themen. Die jeweiligen Autorinnen und Autoren äußern entsprechend ihren persönlichen Standpunkt, der nicht unbedingt die Ansicht des HWWI widerspiegelt.

vertreten, und jede Verzögerung erhöht die Kosten für den wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau des Kontinents um ein Mehrfaches des bereits ermittelten astronomischen Bedarfs. Schließlich haben die afrikanischen Staaten mit dem Programm NEPAD (New Partnership for Africa's Development) eine gegenseitige Selbstkontrolle vereinbart (Peer Review), die Demokratie und Menschenrechte in Afrika garantiert, und damit eine wichtige, von den Industrieländern geforderte Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit geschaffen.

Die Forderungen decken sich mit denen, die von Jeffrey Sachs kürzlich vorgestellt wurden, und knüpfen an die Vorstellungen an, den Rückstand mit einem "big push", ausgelöst durch eine massive Steigerung des Zuflusses von zusätzlichen Mitteln in kürzester Zeit, zu überwinden. Die entwicklungspolitische Analyse hat derartige Vorstellungen mit Skepsis zur Kenntnis genommen. Jüngst haben zwei Studien von Raghuram G. Rajan und Arvind Subramaniam (beide Internationaler Währungsfonds) an Hand von aktuellen empirischen Untersuchungen gezeigt, dass die Theorie des "big push" nicht verifiziert werden kann. Ganz im Gegenteil: Länder, die einen hohen Beitrag im Sinne des "big push" erhalten haben, verzeichnen weniger Fortschritte als die Staaten, in denen die Entwicklungshilfe auf einen kleinen Beitrag begrenzt war.

Afrika liefert einen überzeugenden Beweis: Nach Angaben der Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) sind dorthin im Jahre 2003 23,8 Milliarden US-Dollar an öffentlicher Entwicklungshilfe geleistet worden. Pro Kopf erhält jeder Mensch in Afrika im gleichen Jahr 35 US-Dollar, und der Durchschnitt für alle Entwicklungsländer liegt bei 14 US-

Dollar. Zwischen 1960 und 2003 sind insgesamt 568 Milliarden US-Dollar öffentliche Entwicklungshilfe geleistet worden, und die Armut ist größer als in der Vergangenheit. In Afrika gibt es gewichtige Stimmen wie beispielsweise die Aussagen von Trevor Manuel, dem südafrikanischen Finanzminister, oder von Kwadwo Baah Wiredu, dem ghanaischen Finanzminister. Sie verlangen ein Ende einer Entwicklungshilfe nach dem Muster „Mehr Geld“: Der Kontinent verkomme zum Almosenempfänger, und das Geld bleibe bei den Reichen und bei den Mächtigen. Die Argumentation der Kommission widerlegt diese Einsicht nicht.

Der Bericht ist ehrlich genug, um darauf hinzuweisen, dass die Ursachen für den sich verschärfenden Entwicklungsrückstand in den meisten afrikanischen Staaten nicht allein den Industrieländern zuzuweisen sind. In den afrikanischen Staaten haben vielfach Demokratiedefizite, die Missachtung von Menschenrechten oder eine überbordende Bürokratie, die den Strukturwandel und die Entfaltung privater Wirtschaftsunternehmen unterbunden hat, jeden Fortschritt verhindert.

In den afrikanischen Ländern, in denen derartige Wachstumshindernisse beseitigt sind, sind wirtschaftliches Wachstum, sozialer Fortschritt und beachtliche Erfolge bei der Steigerung der Ausfuhren festzustellen. In der Zusammenfassung hält der Bericht diese Fehlentwicklungen freilich für weniger bedeutsam als das Verhalten der Regierungen in Afrika.

Auch das Verlangen der Kommission, die Verwendung der Hilfe den Regierungen in den Entwicklungsländern anzuvertrauen, wird durch den Sachstand der entwicklungspolitischen Diskussion oder durch die Wirklichkeit in vielen afrikanischen Staaten

nicht gestützt. Es ist zwar richtig, dass politische Auflagen zumal in Zeiten des Kalten Krieges öffentliche Leistungen in die falsche Richtung in afrikanischen Ländern gelenkt haben. Multilaterale Finanzierungsorganisationen und Industrieländer haben, aber anders als die Kommission für Afrika unterstellt, Fehler gemacht und müssen nun für „Entwicklungsrüinen“ gerade stehen. Es ist aber schon abenteuerlich, wenn den internationalen Finanzierungsorganisationen eine Vernachlässigung der Armutsbekämpfung vorgeworfen wird: Diese Strategie ist nicht von afrikanischen Staaten erarbeitet und durchgesetzt worden, sondern das Ergebnis eines langen Lernprozesses in internationalen Finanzierungsorganisationen und den Geberländern. Gerade deshalb ist Skepsis angebracht: Der Wunsch der Kommission, dass sich die Geber den kulturellen Strukturen in Afrika anpassen, erscheint wenig überzeugend – wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1.07.2005 kommentierte – „solange dort viele Regierungen nicht daran interessiert sind, ihr Land aufzubauen, sondern allein daran denken, ihre Macht zu nutzen, um die eigenen Taschen und die ihrer Clans zu füllen.“

Dies alles darf nicht dazu herhalten, den Bericht als gegenstandslos abzutun. Er zeichnet ein breites und umfassendes Bild von der Lage in Afrika und erinnert daran, dass die Hilfe für diesen Kontinent auch weiterhin notwendig ist.

Der „Economist“ vom 2.07.2005 hat es auf den Nenner gebracht: „...generosity is not the only virtue donors must show. They must also be free of illusion, lest they succumb too quickly to disillusion. The aid industry needs fewer manias and less depression.“